

Bericht

**des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)
gemäß § 96 der Geschäftsordnung**

**zu dem Antrag der Bundesregierung
– Drucksache 17/1902 –**

**Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte
an der Friedensmission der Vereinten Nationen im Sudan (UNMIS)
auf Grundlage der Resolution 1590 (2005) des Sicherheitsrates
der Vereinten Nationen vom 24. März 2005 und Folgeresolutionen**

**Bericht der Abgeordneten Herbert Frankenhauser, Petra Merkel (Berlin),
Dr. h. c. Jürgen Koppelin, Michael Leutert und Sven-Christian Kindler**

Mit dem Antrag bittet die Bundesregierung den Deutschen Bundestag, der von der Bundesregierung am 2. Juni 2010 beschlossenen Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Friedensmission der Vereinten Nationen im Sudan UNMIS (United Nations Mission in Sudan) auf Grundlage der Resolution 1590 (2005) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (VN) vom 24. März 2005 und Folgeresolutionen zuzustimmen.

Die Fortsetzung des Einsatzes soll längstens bis zum 15. August 2011 und unter Fortgeltung der Regelungen des Beschlusses vom 13. April 2005, dem der Deutsche Bundestag am 22. April 2005 zugestimmt hat (Drucksache 15/5265) sowie der Verlängerungsbeschlüsse der Bundesregierung, denen der Deutsche Bundestag jeweils zugestimmt hat, zuletzt am 2. Juli 2009 (Drucksache 16/13395) erfolgen.

Die einsatzbedingten Zusatzausgaben werden – sofern nicht von den Vereinten Nationen getragen bzw. erstattet – aus dem

Einzelplan 14 finanziert. Sie werden für die Dauer von zwölf Monaten und bei einem Einsatz von bis zu 75 Soldatinnen und Soldaten rund 1,9 Mio. Euro betragen. Hiervon entfallen auf das Haushaltsjahr 2010 rund 0,7 Mio. Euro sowie auf das Haushaltsjahr 2011 rund 1,2 Mio. Euro. Für diese Ausgaben ist im Einzelplan 14 im Bundeshaushalt 2010 und im Finanzplan für das Jahr 2011 Vorsorge getroffen.

Der Haushaltsausschuss hält den Antrag der Bundesregierung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. für mit der Haushaltslage des Bundes vereinbar.

Dieser Bericht wird unter dem Vorbehalt erteilt, dass der federführende Auswärtige Ausschuss keine Änderungen mit wesentlichen finanziellen Auswirkungen empfiehlt.

Berlin, den 16. Juni 2010

Der Haushaltsausschuss

Petra Merkel (Berlin)
Vorsitzende und Berichterstatterin

Herbert Frankenhauser
Berichterstatter

Dr. h. c. Jürgen Koppelin
Berichterstatter

Michael Leutert
Berichterstatter

Sven-Christian Kindler
Berichterstatter

